

Lübbeder Volksbote

Mittwoch

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Postzeit oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Kellern 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 197.

Mittwoch, den 24. August 1921.

28. Jahrgang.

Besitzsteuern?

Dr. L. Lübbede, 24. August.

Als während des Krieges England daran ging, seine gewaltigen Ausgaben durch großzügige Steuern auf Kriegsgewinne und Besitz zu decken, erklärte der damalige deutsche Reichsfinanzsekretär Helfferich, daß das für uns unnötig sei, da die Feinde ja doch alles bezahlen müßten. Man blieb also bei der Schulden- und Anleihewirtschaft. Helfferichs Karte stach jedoch nicht; die Folge war der absolute Zusammenbruch der deutschen Finanzen.

Die deutschen Finanzminister nach der Revolution — die Demokraten Schiffer und Dernburg — verlagten in gleicher Weise wie Helfferich; auch sie veräußerten den Besitz rechtzeitig zu belasten, rechtzeitig die gewaltigen Kriegsgewinne für die Finanznot des Reiches heranzuziehen; statt dessen deckten sie das deutsche Defizit durch kurzfristige Kredite der Reichsbank, d. h. sie nutzten die Notenpresse, verursachten dadurch die ungeheuerliche Inflation und brachten nicht nur den deutschen Haushalt, sondern auch das gesamte Geldwesen in völlige Zerrüttung.

Der erste, der einsah, wie geholfen werden müßte und konnte, war Erzberger. Er vereinfachte die Steuererhebung und übertrug sie auf das Reich, und er zog den Besitz, d. h. die großen Vermögen und Einkommen zur Steuer heran. Der Erfolg ist bekannt. Es begann sich ungeheure Hege gegen diesen Mann, daß er ihr schließlich erlag. Außerdem wurden seine Steuerpläne in solch unglaublicher Weise von den Finanzbehörden verdröhelt, daß die hohen Erzberger'schen Steuern nur auf dem Papier stehen, weil ein großer Teil der Besitzenden mit Erfolg seiner Steuerpflicht sich entzieht. Dazu kommt noch die ununterbrochene weiter fortgeschrittene Geldentwertung, die den wirklichen Inhalt der Steuern mehr und mehr ausgehöhlt hat.

Zwei Forderungen ergeben sich aus diesen beiden Überlegungen: Erstens ist dafür zu sorgen, daß die Steuern rückstandslos eingezogen und Hinterziehungen nahezu unmöglich gemacht werden. Zweitens darf eine Steuer nicht der ständig fortschreitenden Entwertung der Papiermark unterliegen, da sie sonst immer nach einer gewissen Zeit sozusagen verdunstet. Die Besteuerung darf sich also nicht auf den nominellen, d. h. den (stets schwankenden) Papiergeldausdruck einstellen, sondern auf den wirklichen, d. h. den Sachwert.

Man sollte nun meinen, daß jeder Finanzminister diese beiden Forderungen sich zu eigen machen müßte. Wer solch eine Meinung hat, der vergißt, daß das Finanzministerium nach wie vor mit den alten störrischen Geheimräten besetzt ist, die nicht nur die alten Steuerwege nicht verlassen wollen, sondern auch nicht verlassen können. Das beste Beispiel für den überlebten Geist im Finanzministerium ist der von uns Montag kurz gestreifte Entwurf einer Vermögenssteuer. Der Entwurf hält an der Selbstschätzung des Steuerpflichtigen mit dem dadurch bedingten komplizierten Veranlagungsapparat fest. Es verwandelt damit die Steuerziehung in einen Kleinkrieg zwischen Finanzbehörde und Steuerpflichtigen. Unter diesen Umständen kann natürlich die Veranlagung nicht jedes Jahr erneut durchgeführt werden, sondern soll für einen Abschnitt von drei Jahren gelten. In dieser Zeit kann sich aber der Geldwert ungeheuer vermindert haben. Einmal kann er sinken, dann hat der Staat gewaltige Steuerausfälle. Oder er kann steigen, dann können die Steuerzahler die vorgeschriebenen Summen nicht mehr aufbringen und der Fiskus muß Steuernachlässe bewilligen. Immer ist es also der Staat, der das ganze Risiko bei Geldschwankungen zu tragen hat.

Aber das ist noch nicht das Schlimmste. Die Sätze der geplanten Vermögenssteuer sind völlig unzulänglich. Sie beginnen mit 1/2 pro Tausend bei einem Vermögen von 50 000 und steigen bis 0,95 Prozent bei einem Vermögen von hundert Millionen. Für die nächsten 15 Jahre werden Zuschläge erhoben, die die Steuern verdreifachen. Aber diese Zuschläge stellen nicht etwa eine neue Steuer dar, sondern dafür wird den Besitzenden der Teil des Reichsnotopfers, der nicht zur beschleunigten Erhebung gelangt, im allgemeinen also zwei Drittel, erlassen.

Als zweite Besitzsteuer schlägt das Finanzministerium eine Nachkriegsgewinnsteuer vor. Die Gewinne über 100 000 Mark, die zwischen 1919 und 1921 gemacht wurden, sollen eine einmalige Abgabe leisten. Die Besteuerung beginnt mit 5 Prozent bei einem Vermögenszuwachs von 100 000 Mk. und steigt bis 30 Prozent.

Wer also 100 000 Mark durch Schiebergeschäfte verdient hat, der soll ganze 5000 Mark Steuer bezahlen. Wenn man bezüchtigt, daß vielleicht ein Drittel des Gewinnes erfasst werden kann, so ist ein solcher Steuerfuß ein völliger Hohn. Man weiß ja, was bei der Kriegsgewinnsteuer herausgekommen ist. Viel anders wird es mit den Nachkriegsgewinnen auch nicht sein.

(Eine dritte Besitzsteuer, die den Vermögenszuwachs auf fünf Jahren treffen soll, braucht hier nicht besprochen

werden; sie soll erstmalig 1926 erhoben werden. Wie mag die Welt in den Köpfen unserer Finanzgrößen aussehen, daß sie Steuerpläne für 1926 ausheften, die bis dahin durch die Verhältnisse völlig lächerlich gemacht sein können.)

Die beiden genannten Steuern (auf Vermögen und Nachkriegsgewinn) sind also alles, was von den stolzen Unkundigen, daß der Besitz aufs schärfste zu den Reparationslasten beitragen wird, übrig blieb. Wir glauben, man spielt in Berlin ein leichtsinnig Spiel; indirekte Steuern mag man dem Volke, das sowieso vor einer ungeheuren Teuerung steht, zu bieten, aber vor Besitzsteuern schreckt man zurück. Niemand hat die Sozialdemokratie sich verheißt, daß auch eine Reihe indirekter Steuern nötig sein werden, um dem schwer um sein Leben kämpfenden Reiche zu helfen. Aber die Voraussetzung für solche Steuer wird und muß immer bleiben die schärfste Erfassung des Besitzes, und nicht ein armseliges Almosen, das man von Kapitalisten und Agrariern erbettelt.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Parteitag unserer Brandenburger Genossen mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit das Wirtschaftliche Steuerprogramm abgelehnt sehen will; selbst auf die Gefahr einer Reichstagsauflösung hin. Das Volk soll dann eben entscheiden, ob es zur Schonung der Kapitalisten und Agrarier ungeheure Brot- und Zuckerpreise zahlen will oder nicht. Die genannte Resolution (die wir gestern schon auszugsweise wiedergaben) verlangt u. a. folgendes:

Nur eine Beteiligung der Allgemeinheit an den Vermögenswerten der Landwirtschaft und der Industrie, des Handels und der Banken ist imstande, die Einkünfte an der Quelle zu erfassen und bietet die nicht mehr ungenügende Sicherheit ihres Aufkommens. Nur eine solche Beteiligung stellt auch einen Ausgleich für die ungeheuren Konjunkturgewinne dar, die durch den Abbau der Zwangswirtschaft vor allem dem ländlichen Produzenten in den Schoß fallen. Außerdem bietet nur eine solche unmittelbare Anteilnahme an der Substanz der Wirtschaft selbstständig auch einen angemessenen Bruchteil an den künftigen Mehrgewinnen in die Hand der Allgemeinheit.

Daher muß die Zustimmung zu dem Finanzprogramm der Regierung davon abhängig gemacht werden, daß es neben den unerlässlichen steuerlichen Belastungen eine scharfe Erfassung der Goldwerte aller Kapitalbesitzer vorsieht.

Die hier angeschnittene und auch sonst schon viel erörterte Frage der Beteiligung des Reiches an den Sachwerten, allgemein die Besteuerung der Goldwerte genannt, wird in der nächsten Zeit so sehr im Mittelpunkt aller Steuerfragen stehen, daß wir sie in einem gesonderten Aufsatz behandeln werden.

Hier sei nur eins gesagt. Die Arbeiterschaft wird einzig im Kampf gegen die scharfen indirekten Steuern und für hinlängliche Besitzsteuern. Kann die Reichsregierung sich auf dieser Basis nicht einigen, so werden unsere Genossen im Reichskabinett wissen, was sie zu tun haben.

Ergebnislose Verhandlungen über die Beamtenbesoldung.

Berlin, 23. August.

Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Gewerkschaften über Lohnforderungen der Beamten und Staatsarbeiter wurden am Dienstag nach mehrstündiger Dauer ergebnislos vertagt. Das weitestgehende Zugeständnis von Seiten der Regierung war eine Erhöhung der Kinderzulagen, so daß in Ortsklasse A 200 Proz., in B und C 175 Proz. und in D und E 150 Proz. gezahlt werden soll. Für die Diätäre wurde zugesagt, daß sie jetzt in den ersten beiden Jahren 90 Prozent, im 3. und 4. Jahre 95 Proz. und vom 4. Jahre ab das zuständige Beamtengehalt erhalten sollen. Den Arbeitern wurde nach dem Vorschlag der Regierung eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 75 Prozent zugesichert. Nach dem Vorschlag der Regierungsvertreter sollen die neuen Gehälter und Löhne bereits am 1. September ausgezahlt werden, vorausgesetzt daß sich die Gewerkschaften hiermit einverstanden erklären würden. Eine endgültige Stellungnahme zu diesen Zugeständnissen der Regierung haben die Gewerkschaften bis auf weiteres vertagt.

Die Reichsregierung versucht nun trotz des ergebnislosen Verlaufes der Beratungen eine Einigung zustande zu bringen und hat die Führer der Koalitionsparteien telegraphisch zu einer Besprechung in die Reichskanzlei gebeten. Nach Beendigung dieser Beratungen sollen die Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern und den Gewerkschaften wieder aufgenommen werden. Von dem Ergebnis der Beratungen mit den Parteiführern wird die künftige Haltung des Reichskabinetts abhängen.

Weber den Verlauf der Verhandlungen berichten Berliner Blätter, daß Reichskanzler Wirth, der in der Eigen-

schaft als Reichsfinanzminister an den Besprechungen teilnahm erklärte, die Forderungen der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen würden eine Mehrbelastung des Reichsetats von vierzehn Milliarden betragen. Außerdem würden die Gehaltswünsche des deutschen Beamtenbundes sechs- bis achtzehn Milliarden jährlich erfordern. Weber für die eine, noch für die andere Forderung sei eine Deckung vorhanden. Reichsverkehrsminister Gröner sprach über die Verhältnisse bei den Reichseisenbahnen und erklärte, daß infolge der großen Betriebsausgaben das Defizit für 1921 sich nicht in so engen Grenzen bewegen werde, als man im Etat angenommen hatte. Man habe im Reichsverkehrsministerium bereits an eine neue Tarifierhöhung gedacht, die sich wohl kaum werde umgehen lassen. Reichspostminister Giesberts erklärte, die Post habe einen ungedeckten Fehlbetrag von über zwei Milliarden. Es sei eine Erhöhung aller Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren im Verhältnis von 1 : 10 notwendig. Ein Brief würde künftig eine Mark kosten. Die Besoldungsvorschläge der Regierung, die eine Erhöhung der einzelnen Teuerungszuschläge in den verschiedenen Ortsklassen um je 15 Prozent vorsehen, werden von sämtlichen Vertretern der Beamten und Arbeiter als unzureichend bezeichnet. Nach 12stündiger Verhandlung wurde die Konferenz abgebrochen. Nachmittags trat der große Ausschuss noch einmal mit den Ressortministern zusammen. Die bisherigen Zugeständnisse der Reichsregierung würden den Reichshaushalt mit 8 Milliarden belasten.

Um den Vorsitz im Völkerbund.

London, 24. August.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ zweifelt daran, daß der japanische Delegierte beim Völkerbundrat, Graf Ishii, als Vorsitzender bei der Behandlung der ober-schlesischen Frage aufstreten wird. Er meint, daß die Rolle des Präsidenten dem jungen begabten chinesischen Geschäftsträger in London, Wellington Koo, zufallen werde.

Die Mächtegruppierung.

Paris, 24. August.

„Daily Telegraph“ schreibt, daß man bei der Beratung im Völkerbundrat damit rechnen muß, daß England, Italien und Japan auf der einen Seite stehen werden und die Franzosen mit oder ohne Unterstützung Spaniens und Chinas auf der anderen.

Spanien stellt den Berichterstatter nicht.

Brüssel, 24. August.

Der Pariser Korrespondent des „Spir“ drahtet, daß Paul Hymans wahrscheinlich vom Völkerbund beauftragt wird, über die Verteilung von Oberschlesien Bericht zu erstatten, da sich Quimones de Leon geweigert hat, diesen Posten anzunehmen.

Die Berliner Presse zur Ablehnung Spaniens.

Berlin, 24. August.

Während das „Deutsche Tagblatt“ seine Meinung kurz in der Weberschrift „Eine neue Schiebung“ charakterisiert, enthält sich die übrige Berliner Presse noch eines Kommentars, oder ist zunächst zurückhaltend. Der „Vorwärts“ erklärt, daß die Beirathung eines belgischen Politikers mit dem vielleicht ausschlaggebenden Posten eines Berichterstatteramtes in Deutschland als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden würde. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ findet de Leons Entschluß verständlich und bezeichnet ihn als einen Beweis staatsmännlicher Klugheit, während „Völkeralanzeiger“ und „Tag“ die Ablehnung bedauern und dem Bericht des belgischen Delegierten, der sich während des Krieges nicht durch übertriebene Neutralität auszeichnete, nicht mit allzuviel Vertrauen entgegensehen. Das „Berl. Tagebl.“ meint, daß man in Paris die Ablehnung mit großem Bedauern vernehmen wird, während die „Volkszeitung“ nach den wirklichen Gründen forscht mit der Frage: „Fühlt de Leon sich nicht kompetent, oder glaubt Spanien-Weber Lloyd George noch Briand in irgendeiner Weise vor den Kopf stoßen zu dürfen?“

Japan und die Entscheidung des Völkerbundes.

Aus Paris wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Der Vicomte Ishii, der Vorsitzende des Völkerbundrates, wird Donnerstag in Genf erwartet. Der Japans-Vertreter in Genf teilt mit, daß die Vertreter Japans im Oberen Rat sowie im Völkerbundrat sehr überrascht seien über die Art und Weise, wie die Stellungnahme Japans angesichts dieser Frage beurteilt wurde. Sie scheinen Wert darauf zu legen, daß am Vorabend der Sitzung des Völkerbundrates, die in Genf stattfinden wird, keinerlei Mißverständnisse in dieser Hinsicht bestehen. Man bestreitet vor allem, daß der japanische Vertreter im Oberen Rat, Baron Hagiwara, offen für eine der sich gegenüber stehenden Auffassungen Partei ergreifen kann. Die japanische Vertretung wird in den Besprechungen über die ober-schlesische Frage voll-

komme Urteilshelheit haben. Weber Baron Haast noch Bicomte Sisti seien irgendwie durch ihre Regierung gebunden. Die japanische Regierung hege nur den Wunsch, daß die Streitfrage schnell in zufriedenstellender Weise, gelöst wird. Es steht also fest, so wird zum Schluß gesagt, daß der japanische Vertreter als Mitglied und Vorsitzender des Völkerbundes sich vollkommen unabhängig und unparteiisch an den Beratungen in Genf beteiligen wird.

Von der zweiten Wiesbadener Konferenz.

Paris, 23. August.

Die bevorstehende Zusammenkunft zwischen Rathenau und Lougher in Wiesbaden wird in der Presse verschiedentlich besprochen. Ueber den Inhalt der Besprechungen erfährt man, daß es sich hauptsächlich um die Zollfragen handeln soll, da jetzt, nach dem Beschluß des Obersten Rates vom 15. September ab die wirtschaftlichen Sanktionen und damit die Rheingolllgrenze wegfällt. Man will sich über die Bedingungen unterhalten, unter denen der deutsche Import, vor allem in Fertigfabrikaten vor sich gehen soll. Nach dem „Deure“ werden über denselben Gegenstand zu gleicher Zeit auch in Berlin Besprechungen stattfinden. Eindringlich rät der Abg. Fran Fabrig im „Intransigenten“ Deutschland, die Bedingungen für ein deutsch-französisches Zusammenarbeiten ausstuflich zu machen. Sollte wirklich eines Tages der Fall eintreten, daß die Entente auseinandergehe, werde es dann noch einen Friedensvertrag geben? Nein!

Der polnische Eisenbahnerstreik.

Danzig, 23. August.

Der polnische Eisenbahnerstreik hat den Verkehr zwischen dem Freistaat Danzig und Pommern nahezu lahmgelegt. Die Züge von Danzig nach Dirschau verkehren nur bis Hohenstein und werden von dort wieder nach Danzig zurückgelassen. Die Züge von Danzig nach Posen und Warschau fielen gestern aus. Nach den Richtungen Stettin und Königsberg wurde der Verkehr notdürftig aufrecht erhalten. Auch der Verkehr durch den polnischen Korridor soll nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden. In Dirschau streiken allein 4000 Eisenbahner, die gestern eine Versammlung abhielten, um die der Warschauer Regierung unterbreiteten Forderungen nochmals zu besprechen. Heute findet in der Dirschauer Stadthalle eine Versammlung aller polnischen Postbeamten statt, die über einen evtl. Anschluß an den Streik der Eisenbahner beraten werden.

Danzig, 23. August.

Der Zugverkehr in den Eisenbahndirektionsbezirken Posen und Pommern ist vollkommen eingestellt. Lediglich der internationale Durchgangszug Warschau-Berlin-Paris verkehrt. Außerdem soll die Streikleitung beschlossen haben, die deutschen Korridorzüge zu beschränken. In Danzig wird der Warschauer Zug heute mit militärischer Besetzung erwartet. Auch das Polener Generalkommando versucht die wichtigsten Züge mit Militäreisenbahnen in Gang zu bringen. Eisenbahnoffiziere und Mannschaften der Eisenbahntroppe von den Jahrgängen 1890 bis 1902 sind zu einer zweiwöchigen Übung einbezogen worden. Im allgemeinen ist man jedoch noch nicht zu einer Militarisierung des Eisenbahnverkehrs geschritten, da man in diesem Falle noch erstere Unruhen befürchtet. Von Danzig aus verkehren die Züge nach Posen nur bis zur Freistadtgrenze. Die Bahnhöfe Rasthaus und Dirschau sind militärisch besetzt.

Der Weg der Truppentransporte.

Berlin, 24. August.

Haltmählich wird gemeldet: Zu Verstärkung der interalliierten Truppen in Oberschlesien werden zwei britische Bataillone und eine französische Brigade vom Rheinland nach Oberschlesien befördert. Die Transporte beginnen am 25. Aug. und laufen über die Strecke: Bismarckshaus—Frankfurt—Süd—Hanau—Dillenburg—Kassel—Hildesheim—Weilburg—Saarbrücken—Dobbrügge—Sagan—Arnsdorf—Plegitz—Kochern—Brachhaus—Karlsmark—Oppeln. Täglich werden vier Züge gefahren. Die Bewältigung der von den Transporten betroffenen Gebiete wird zur Vermeidung von unliebsamen Zwischenfällen darauf hingewiesen, daß es im allgemeinen Interesse liegt, diesen Transporten keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Schüsse im polnischen Volktrat.

Breslau, 24. August.

Ul. (S. Allg. Ztg.) Im polnischen obersten Volktrat in Schoppinich sprach am 14. August u. a. der bekannte und angesehene Führer Wiefrach. Seine Erklärungen gipfelten darin, daß genügend Geld über Oberschlesien gekommen und es ein Verbrechen sei, einen neuen Aufstand in Szene zu setzen. Hierauf entstand eine überaus scharfe Debatte, welche sich bald zu Färmigkeiten entwickelte. Wiefrach und seine Anhänger wurden als Verräter bezeichnet. Auf einen Befehl von Barczak kam eine Abteilung Hallerjoldaten und erklärten Wiefrach für verhaftet. Dieser widersetzte sich der Verhaftung und wurde, ehe ihm seine oberchlesischen Kameraden zu Hilfe kommen konnten, von den kongreßpolnischen Offizieren Barczaks durch mehrere Schüsse zu Boden gestreckt. Sieben Offiziere, welche den Erklärungen Wiefrachs Beifall geklärt hatten, wurden sofort verhaftet, um vor ein Kriegsgericht wegen Meuterei gestellt zu werden.

Unruhen in Indien.

London, 23. August.

In Indien sind schwere Unruhen ausgebrochen. In Südbhien zerstörten Meutere alle Telegraphen, Telefon- und Eisenbahnanlagen, jedoch der Eisenbahnverkehr unterbrochen werden mußte. Arbeiter, die mit polizeilicher Unterstützung die Linien ausbessern suchten, mußten die Arbeit aufgeben, da die Bevölkerung die Arbeiter angriff. Zwei Offiziere und zwei Polizisten wurden verletzt. In der Provinz Madras plünderten die Meutere hunderte Postämter. Die englische Regierung hat Polizei und Truppen herbeigezogen.

Das Anwachsen der Bevölkerungsziffer in England.

London, 24. August.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung betrug die Gesamtbevölkerung in England, Schottland und Wales am 1. Januar 42 864 530. Diese Ziffer ist um 1 936 633 oder um 4,7 Prozent höher als die von 1911.

Furcht vor Neuwahlen.

Die Entschließung, in der sich der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Brandenburg für die Neuwahl des Reichstages ausspricht, im Falle, daß die Regierung an der Gesamtheit ihres Steuerprogramms festhalten sollte, hat in der Presse bereits einen Widerhall gefunden, der, je nach der Parteistellung der Blätter, verschiedenartig ausklingt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ zum Beispiel, das Organ des Bundes der Landwirte, findet, daß die „Steuerfrage den Hebel abgeben solle, an dem die vereinigten (?) Sozialisten ansetzen, um in einem Augenblick, der ihnen infolge der einsetzenden Teuerungswelle besonders günstig erscheine, den Versuch zu machen, die künftige Regierung unter den bestimmenden Einfluß ihres gemeinsamen Schwergewichts zu bringen.“ In der „Rostocker Zeitung“ hingegen wird den Sozialdemokraten begreiflich zu machen versucht, daß die Steuerentwürfe das Reichskabinett passiert hätten und infolgedessen auch die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts an diese Vorlagen gebunden seien, solange sie nicht selber die Konsequenzen zögen, aus dem Kabinett auszutreten.

Vor Neuwahlen auf Grund dieser Steuerparole hat jedoch die demokratische „Rostocker Zeitung“ eine bemerkenswerte Abneigung. Sie ist der Meinung, daß die Deutschen nationalen und die Volkspartei mit einer demagogischen Ausschächtung der Denkschrift des Reichswirtschaftsministers über die Erfassung der Goldwerte alle kleinen Landwirte und sonstige Kreise des Kleinbürgertums auf ihre Seite ziehen und damit die Mittelparteien lahmlegen würden. Eine scharfe Opposition gegen rechts, das heißt ein rückwärtsloses Eintreten für die Erfassung der Goldwerte, würde ihnen breite Wählermassen abtreiben und ihre Wahlausichten beträchtlich verschlechtern. Deshalb würde die Entscheidung des Volkes die Lösung des Problems nicht erleichtern, sondern nur erschweren.

Das ist allerdings eine recht merkwürdige Auffassung von der Demokratie. Die sozialistischen Minister sind bekanntlich in das Koalitionskabinett von der sozialdemokratischen Fraktion delegiert worden. Wenn die Mehrheit des Kabinetts gegen ihre Meinung Gesetzesvorlagen durchdrückt, so hat selbstverständlich die sozialdemokratische Fraktion und Partei das Recht und die Pflicht, diese Vorlagen kritisch zu würdigen und ihren Ministern die Wege zu weisen, die sie zu beschreiten haben.

Durch die Annahme des Ultimatus haben die Koalitionsparteien die Verpflichtung übernommen, die von der Entente geforderten Entschädigungssummen auszubringen und dementsprechend die Einnahmen des Reiches zu gekürzen. Daß diese Einnahmen aber fast nur in Form von solchen Steuern erhoben werden können, die die breiten Massen des Volkes belasten, während die Besitzer der Sachwerte sich von der Steuerlast drücken können, kann die Sozialdemokratie nie und nimmer zugeben. Wenn die Demokraten allerdings nicht den Mut haben, die Heranziehung dieser Goldwerte für die Opfer des Reiches ernsthaft zu fordern und vor den Wählern zu vertreten, so dürfte ihre Furcht vor der Abstimmung in Neuwahlen durchaus berechtigt sein.

Wieder ein schweres Bergwerkunglück.

Vier Tote, viele Schwerverletzte.

Essen, 22. August.

Bei der Schichtarbeit ereignete sich auf Schacht Helene der Gewerkschaft der Steintohlen-Bergwerksgesellschaft Vereinigte Helene-Amalie am Sonnabend in einem Stapel ein Unglücksfall, bei dem 10 Arbeiter und 2 Beamte mehr oder minder schwere Verbrennungen erlitten. Die Ursache konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Wir erfahren weiter dazu: In der Bremskammer eines Wirtschachts wurde unter Aufsicht zweier Grubenbeamten eine beschädigte Hapselscheibe gesprengt. Durch die hierbei von zwei Schüssen hervorgerufene Stichflamme erlitten die beiden Beamten und zehn im Anschlag befindliche Bergleute zum Teil erhebliche Verbrennungen. Eine Kohlenstaubexplosion ist ausgeschlossen. Schlagwetter konnten an der Unfallstelle weder sofort, noch 12 Stunden später festgestellt werden. Von den 12 Verletzten sind bisher zwei Personen gestorben. Nachträglich sind noch zwei Mann der Rettungsmannschaft leicht an Rauchvergiftung erkrankt.

Bedeutend schwerer wird das Unglück durch W.B. darge stellt: Auf der Schachtanlage der Gewerkschaft Vereinigte Helene und Amalie in Essen ereignete sich ein schweres Grubenunglück, indem die Bremscheibe eines Luftspels durch eine Dynamitexplosion gesprengt wurde. Vier Bergarbeiter wurden getötet, mehrere erlitten lebensgefährliche Verletzungen. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Essen, 22. August.

(W.B.) Bei der amtlichen Untersuchung des Unglücksfalles auf der Schachtanlage Helene der Gewerkschaft Vereinigte Helene und Amalie in Essen wurde festgestellt, daß das Unglück durch zwei überladene Schüsse hervorgerufen wurde, die zum Sprengen der beschädigten, auf andere Weise nicht lösbaren Bremscheibe des Luftspels angelegt wurden.

Die Besteuerung der Deputatskoste im Ruhrgebiet.

Düsseldorf, 23. August.

Weil künftighin auch der Wert der von den Zechen an die Mitglieder der Deputatskoste geleisteten Deputatskoste bei der Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens in Anrechnung gebracht wird, hat sich der Vorstand des Bergarbeitervereins veranlaßt gesehen, eine Eingabe an das Reichsfinanz-

ministerium zu richten, in der es u. a. heißt, es wäre angebracht, die auf Grund aller Ueberlieferung und alten Rechts den Bergarbeitern zustehenden Hausbrandkohlen überhaupt nicht zum Einkommen zu rechnen, da sie seit der Zeit, als den Bergarbeitern das Recht genommen wurde, für sich selbst Kohle zu graben, den Bergarbeitern erst umsonst, dann gegen eine kleine Vergütung geliefert worden ist. Die Kohlen, die den Bergarbeitern von den Zechen geliefert werden, stehen auch öfters im Wert bedeutend unter Hausbrandkohle, welche die Privatleute beziehen. Eine Zechen liefert gute Qualität, eine andere schlechte. Schon deshalb wäre die gleiche Einschätzung verfehlt. Es wird von den Bergarbeitern überhaupt als ein Unrecht betrachtet, daß man die ihm nach altem Recht zustehende Hausbrandkohle als Lohnanteil zum Einkommen betrachtet und zur Besteuerung heranzieht. Wir erziehen das Reichsfinanzministerium deshalb, diese ganze Frage noch einmal gründlich und reiflich überprüfen zu lassen und eine für die Bergarbeiter günstige Entscheidung zu fällen.

Kommunistischer Parteitag.

Genä, 22. August.

(„Vorwärts.“) Im Anschluß an die Verhandlungen, über die wir gestern bereits berichteten, referierte Hecker über den Moskauer Kongreß. Seine Resolution erkennt die

Verächtigung der Kritik an der Märzaktion an und führt einige Fehler auf die plötzliche Umstellung der Partei zur Aktivität infolge der „Schrödingerschen Provokation“ und zentristischen Tendenzen zurück, die die Partei unvorberichtet gelassen hätte. Die Bestätigung der Ausschließung Paul Levis wird begrüßt.

Der Ausschluß Kurt Seyers, Bernhard Dülwells und Waldemars haben 263 Delegierte zugestimmt. Fünf weitere, darunter Braß-Kemsel, unter dem Vorbehalt, daß die Sibirischen Angaben stimmen, Ueber die Moskauer Frauenskönferenz berichtete Frau Sturm.

Dem Parteitag hat die Zentrale einen umfangreichen Bericht vorgelegt. In der Einleitung besagt dieser, daß der „Offene Brief“ den erhofften Erfolg gehabt hätte, wenn der Ankündigung des Kampfes der Kampf selbst gefolgt wäre, jedoch habe das Auskommen innerer Parteigegegensätze im Anschluß an die italienische Spaltungsfrage zum Rücktritt der alten Zentrale geführt; die neue Zentrale habe die Erregung wegen des Londoner Ultimatus und wegen der Zuspitzung des oberchlesischen Konflikts (der Zustand ist bekanntlich erst am 3. Mai ausgebrochen) organisatorisch auszuwerten versucht, indem sie am 17. März die Lösung zur Aktivierung der Gesamtpartei und zur schleunigen Vorbereitung auf kommende Kämpfe“ ausgab. Der

mitteldeutsche Aufstand

sei jedoch eine Abwehr der dortigen Arbeiter gegen die von Severing und Hörning bediente Konterrevolution gewesen. Zu Holz unterläßt die Partei jegliche Stellungnahme, der mitteldeutsche Bezirksbericht spricht aber davon, daß der Rückschlag scheinbar wieder einem Aufstieg der Partei zu weichen beginne — was die vorwichtige Mansfelder Gemeinbewegung nicht gerade bekräftigt hat! Das Auftreten der Leuz-Gruppe wird für die Vermehrung der Schwierigkeiten der Partei natürlich mitverantwortlich gemacht. Die

Gesamtmitgliedzahl.

wird unter Preisgabe der früheren Schätzung von 450 000 auf 359 613 angegeben. Von den 33 Parteizeitungen sind 11 Kopfblätter; zu den 11 Parteidruckereien sollen bald vier weitere kommen. Jedem Bezirkssekretär ist ein Propaganda-sekretär beigegeben; dem sei es zu verdanken, daß z. B. die Groß-Berliner Mitgliedzahl von 10 000 auf 26 000 stieg. Mit allen ausländischen Bruderparteien besteht illegaler Verbindungsdienst, an allen Grenzen Kontakt mit der Nachbargruppe. Die Militärpropaganda, bisher durch Flugblätter für Reichswehr, Sipo und englische, französische und italienische Besatzungstruppen betrieben, soll umfangreich und planmäßig ausgebaut werden; Ortschaft, Selbstschutz und dergl. werden beobachtet.

Die Gewerkschaftszentrale hat infolge des Märzkonflikts Richard Müller und Fritz Wolff ausgeschlossen, ihre Arbeit besorgen hauptsächlich Walcher und Hauth, und sie ist nun ganz auf das Wirken in den bestehenden, nicht auf die Errichtung „roter“ Gewerkschaften eingestellt. Der stereotypen Versammlungen mit dem Thema „Moskau oder Amsterdam“ setzen

die Arbeiter überdrüssig

geworden. Es besteht auch eine entsprechende Genossenschafts-Abteilung — Wendelin Thomas und Mittel. Gerügt wird die Geringschätzung der Mitarbeit der Abgeordneten an der „Rosen Fahne“, von denen oft kaum Ausschußberichte zu erhalten waren. (Wenn sie doch die Ausschüsse schmälzen?) Die Zentrale legt einen Organisationsentwurf vor. Es wird ein geregelter Disziplinerverfahren durch Schiedsgericht festgestellt, aber es kann auch die Zentrale selbständig strafen, und dagegen gibt es nur die Berufung an den Zentral-ausschuß.

Verfassungstag in München.

Der Gedenktag der Weimarer Verfassung in München hatte unsere süddeutschen Gesinnungsgenossen zu vielen Tausenden um die schwarz-rot-goldene Fahne geschart. Eine Massenkundgebung vorgestern vormittag brachte den unerschütterlichen Willen der von nah und fern herbeigerufenen verfassungstreuen bayerischen Republikaner zum Ausdruck, in unverbrüchlicher Treue fest zuhalten an dem Werk, das die deutsche Not in Weimar zusammengeschnitten hat. Genosse Landtagsabgeordneter Fil formuliert in einer flammenden Ansprache das Gelübnis der treu zur Weimarer Verfassung haltenden bayerischen Genossen, stets gute Republikaner zu sein, um gute Deutsche sein zu können, mit voller Hingabe und aller Kraft einzusetzen für eine wahrhaft großdeutsche Republik. An den Reichspräsidenten und Reichskanzler wurden in diesem Sinne Telegramme abge- sandt. Das bayerische Verbot des Anmarsches der republikanischen Organisationen hat der erhebenden Fete keinen Abbruch tun können. Die republikanische Idee hatte trotz aller Schikanen von Seiten der Münchener Polizei kein bereiteres Zeugnis ihre Existenzmöglichkeit abgeben können, als dieses spontane freie Gelübnis einer nach Tausenden zählenden Masse mitten im Herzen der bayerischen Nation und

Grenzen der Koalitionsfreiheit.

Die vielfach besprochene Broschüre unseres Kottbuser Genossen Rausch, in der er die Möglichkeiten einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei aufs Neue untersucht, macht es leider für die Parteigenossen im Reich zur Pflicht, sich wiederum mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Es unterliegt keinem Zweifel — und wird auch von den Anhängern einer nach rechtsgerichteten Koalition nicht bestritten — daß diese in einer verschwindenden Minderheit sind, ja, wenn es möglich wäre, innerhalb des Parteiorganismus eine Abstimmung zu veranstalten, würde es sich herausstellen, daß die Befürworter der Rechtskoalition geradezu an den Fingern einer Hand abzuzählen sind. Die Argumentation aber, die mit Rausch einer Meinung sind, ist nachgerade bekannt; sie lautet kurz gefaßt: wenn man sich als sozialistische Partei zu der Auffassung durchgerungen hat, daß man im Interesse der Republik auch mit bürgerlichen Parteien nötigenfalls eine Koalition eingehen müsse, so sei unlogisch, vor irgend einer Partei eine Grenze zu ziehen und so sagen mit dieser zu koalieren sei Verrat; dies könne man schon deshalb nicht, weil keine der bürgerlichen Koalitionsparteien antikapitalistisch orientiert sei. Der letzte Einwand ist zweifellos berechtigt; das Zentrum oder gar die Demokraten sind sicher nicht weniger kapitalistisch orientiert als die Deutsche Volkspartei. Dieser Einwand ist aber nicht hinreichend, um die Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu rechtfertigen. Vielmehr ist der folgende Gesichtspunkt zu beachten:

Wiederholt fanden sich Demokraten und Zentrum in Stunden der Gefahr zusammen, um unter Zurückstellung parteilicher Sonderinteressen für die Republik einzutreten. An dem kritischen 10. Mai dieses Jahres, an dem das Ultimatum der Entente abfiel, bekämpfte sich dieses aufs Neue: wiederum fanden sich die ehemaligen drei Koalitionspartner zusammen, um die Republik in Stunden höchster Gefahr zu retten. Wo war damals die Deutsche Volkspartei? Herr Stresemann pendelte rechts und links, sagte nein und sagte ja und all das, weil er doch zu gern Reichstanzler geworden wäre. Wo war die Deutsche Volkspartei, als es galt, dem Reich eine Verfassung zu geben? Wo war sie, als in den Tagen des Kapp-Zugzuges galt, den hochverräterischen Angriff auf das deutsche Volk mit allen Mitteln physischer und moralischer Natur abzuwehren? Das alles sind doch Gesichtspunkte, die bei einer Untersuchung der Koalitionsmöglichkeiten nicht übersehen werden dürfen. Wenn die Unabhängigen heute erklären, überhaupt aus prinzipiellen Gründen jede Koalition mit jeder bürgerlichen Partei ablehnen zu müssen, so erklären wir dies für falsch. Gut. Sollen wir deshalb in den Fehler verfallen, uns kritisch mit geschlossenen Augen jeder bürgerlichen Partei in die Arme zu werfen? Die Pflicht zur Selbstachtung, die dem Einzelnen, in unbestimmten Grenzen nach unumstößlichen Gesetzen vorgeschrieben ist, gilt ebenso für die Partei, die in ihrer Geschlossenheit einem lebendigen Organismus gleicht. Damit eine Partei sich mit einer anderen zwecks Leistung bestimmter Gemeinschaftsaufgaben zusammenfindet, ist erforderlich, daß ein Drittes vorhanden ist, irgend eine gemeinsame Plattform, auf der beide einander begegnen. Was die Demokraten und das Zentrum zur jetzigen Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie zusammenführt, ist die Einsicht in die Notwendigkeit, die Grundmauern der Republik zu erhalten; daß die Auffassungen schon dann auseinanderweichen würden, wenn es an den Ausbau, an die Weiterführung der Republik geht, ändert nichts an dieser Grundtatsache. Worin soll man sich jedoch mit der Deutschen Volkspartei zusammenfinden? Etwa in der Steuerentlastung des Volkes? Man braucht in diesem Zusammenhang nicht einmal an die beinahe selbstverständliche Tatsache zu erinnern, daß bei der unaufrichtigen Verbindung mit der Deutschen Volkspartei das ganze sozialdemokratische Gebäude wie ein Kartenhaus in sich zusammenstürzen würde, weil die sozialdemokratisch-wählende Arbeiterschaft für diese „Politik“ ihrer Führer einfach kein Verständnis aufbringen könnte. Diese Dinge sind taufendmal gesagt worden; einige Kollaborateure jedoch die Notwendigkeit, sie so oft zu wiederholen, bis sie alleiniges Gemeingut der gesamten Partei geworden ist.

Deutschland, Europa und der Weltmarkt.

Von August Freudenthal - München.

Die Weltgetreideproduktion. — Die Bedeutung der Erdteile als Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten für Deutschland. — Der volkswirtschaftliche Wert der ehemaligen deutschen Kolonien. — Der größte Selbstversorger der Welt.

SAR. Der Krieg hat nicht nur in nie vorher erlebtem Umfange zwecklos eine ungeheure Summe von Menschenkräften vergeudet und vernichtet, er hat auch direkt eine rechnerisch nicht festzustellende Ansumme von Werten zerstört und in Europa sämtliche Reserven an Nahrungsmitteln und Rohstoffen verbraucht, so daß das Kriegsende wenigstens Deutschland als ein von fast allen Lebensmitteln und Rohstoffen entblößtes Land mit ausgelagertem Ackerboden, entkräfteter Bevölkerung und aufgebrauchten Reserven auf der Wahlstatt vorfand. Geblieben war nichts als das im Grund und Boden in Gebäuden und Maschinen und in anderer Form fest liegende wirkliche und das in der Form von Papier als Schuld des Staates vorhandene eingebildete Kapital. Wenn man sich diese Tatsache klar vor Augen führt, so ist die Bedrängnis, in die wir geraten sind, ohne weiteres erklärlich und man kann die reaktionären Idioten abweisen, die die verrückte Behauptung aufstellen, daß nicht der Krieg, sondern was nachher kam, unser Elend verschuldet hätte. Die schmachvolle Verschleuderung und Vernichtung der Volkskräfte und des Volkswermögens im Kriege allein hat alles Unglück verschuldet. Daran ist nichts zu drehen und zu deuteln. Ohne den Krieg wäre das jetzige Elend undenkbar. Angesichts der jetzigen Zustände wird jedem Denkenden, der nicht in den Tag hineinlebt, die Frage beschäftigen, wie es möglich sein wird, wieder in einigermaßen normale Verhältnisse hineinzukommen. Dabei wird meistens hoffend der Blick ins Ausland gerichtet, weil man glaubt, daß uns von dort das Heil kommen könnte. Dabei denkt man an mehr und billigere Nahrungsmittel und Rohstoffe. Kann das Ausland diese Hoffnungen erfüllen, auch wenn man von allen Balutragen, vom wirtschaftlichen Bankrott und politischen Konstellationen absteht? Diese Frage kann man nur beantworten, wenn man von den normalen Vorkriegsverhältnissen ausgeht.

Es ist ein fundamentaler Irrtum, wenn man z. B. glaubt, daß Europas Kornkammern im Ausland liegen. Ein paar Zahlen sagen uns, daß es umgekehrt ist. Europa war noch bis zum Kriege der größte Getreideproduzent unter allen Erdteilen der Welt, wenn man vom Mais und Reis absteht, die hier als Nahrungsmittel nur eine unbedeutende Rolle spielen. Das Jahrbuch des internationalen Instituts für Landwirtschaft gab für die Jahre 1910—1914 folgenden Durchschnitt der Weltgetreideproduktion an:

Es wurden geerntet an Getreide in der ganzen Welt 211,4 Millionen Tonnen, davon in Europa 155,4 Millionen,

Der Internationale Gewerkschaftsbund an die Arbeiter aller Länder!

Arbeitsgenossen!

Angesichts des Unglücks, von dem das russische Volk betroffen wird, wendet sich der Internationale Gewerkschaftsbund mit diesem dringenden Aufruf an Euch. Der IGB, der die internationale Macht der Arbeiterklasse darstellt, hat unter solch erschütternden Umständen die Pflicht, die Solidarität der Proletarier aller Länder zu verwirklichen. Dem Hilferuf der russischen Arbeiter und Bauern müssen die Arbeiter der übrigen Welt als erste antworten.

Der IGB, als das natürliche Bindeglied der Arbeiterkräfte der ganzen Welt, wendet sich an alle Schaffenden, ohne Rücksicht auf Partei- und Meinungsunterschiede, in der Ueberzeugung, daß alle diesem Hilferuf folgen werden.

In voller Würdigung der ihm obliegenden Mission vermeldet es der IGB, jetzt die politischen Ursachen des Unglücks zu untersuchen, das Rußland betroffen hat. Eine dringende Pflicht ruft ihn; er stellt sich unverzüglich zur Verfügung.

Mit Worten jedoch können die von Hungersnot, Pest oder Cholera bedrohten Millionen menschlicher Wesen, kann das Leben der vielen Millionen gefährdeter Kinder nicht gerettet werden. Dazu bedarf es praktischer Taten.

Zu solchen Akten der Solidarität ruft Euch der IGB auf!

Die menschliche Pflicht eines jeden ist dabei klar vorgezeichnet: ein jeder muß sein Teil beitragen in dem Kampfe gegen die Vernichtung, gegen den mütterlichen, frauen- und kindertötenden Hunger!

Die Bemühungen des einzelnen können in diesem Kampfe nichts ausrichten; einheitlich vom IGB. durchgeführte Anstrengungen dagegen vermögen schon wesentlich zur Linderung der Not beizutragen.

Wenn die Arbeiterklasse aller Länder gegenüber diesem großen Notstande nicht ihre volle Pflicht, ja mehr als ihre Pflicht erfüllt, so würde sie sich der hohen Aufgabe unwürdig erweisen, die ihr die Geschichte vorgezeichnet hat: die Befreiung der Arbeit.

Die Macht der Arbeiterschaft beruht auf der praktischen Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Hilfe. Nie war diese Pflicht so heilig und dringend wie im gegenwärtigen Zeitpunkt.

Keiner, sei es Mann oder Frau, und ganz gleich, auf welchem Gebiete sie tätig sind, darf sich der Bürde entziehen, welche die Leiden des russischen Volkes für einen jeden bedeutet.

Es gilt, rasch zu handeln. Jeder verlorene Tag bedeutet weitere Tausende von geopfertem Menschenleben.

Die gewerkschaftliche Internationale, das Sinnbild der Völkerverbrüderung, in praktischer Befolgung des proletarischen Wahrspruches: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! fordert Euch auf, das russische Proletariat, das sich in Todesgefahr befindet, aus seiner Lage zu erretten.

Arbeiter aller Länder, Ihr werdet nicht zögern, sondern Euch sofort und reißlos dem Hilfswerke zur Verfügung stellen.

Leistet unermüdet und regelmäßig Euren Beitrag an Eure gewerkschaftlichen Organisationen, die allein berufen sind, Mittel für diesen Zweck in Empfang zu nehmen und an den IGB. weiterzuleiten. Von diesem sind daher schon Einrichtungen geschaffen worden, die eine wirksame und fort-dauernde Unterstützungsaktion ermöglichen sollen. Von ihnen auch werden die weiteren Einzelheiten bekanntgemacht werden.

Arbeitsgenossen, helft kräftig, diesem Hilfswerke für unsere leidenden russischen Mitbrüder den vollen Erfolg zu sichern. Ruft Eure Arbeitsstapreden zur Mitarbeit auf, ganz gleich, welcher Richtung sie angehören, damit niemand sich seiner Menschspflicht entziehe.

S. Jouhaux (Frankreich), 1. Vize-Vorsitzender, C. Mertens (Belgien), 2. Vize-Vorsitzender, Edo Timmer, J. Dudgeon (Holland), Sekretäre.

in Amerika 59,4 Millionen, in Asien, Afrika und Ozeanien 26,6 Millionen Tonnen. Mais erntete Europa 15,6, Amerika 76,6, die übrigen Erdteile zusammen 2,6 Millionen Tonnen. An der Weltgetreideproduktion war Deutschland 1913 mit rund 30,6 Millionen Tonnen beteiligt, erntete also mehr als Asien, Afrika und Ozeanien zusammen und braucht deshalb nur etwa ein Zwölftel seines Getreideverbrauchs (zirka 2,8 Millionen Tonnen) mehr einzuführen und diese Einfuhr kam in der Hauptsache aus den Nachbarländern in Europa (Rußland, Österreich-Ungarn und Rumänien). Durch intensiveren Anbau müßte es auch möglich sein, den gesamten Getreideverbrauch im Inlande zu decken. Der Kartoffelverbrauch ist ebenfalls im Inlande zu decken, trotz der Gebietsverringering.

Und wie stand es vor dem Kriege mit der übrigen Nahrungs- und Genussmittelversorgung Deutschlands? Die Einfuhrstatistik im Reichsstatistischen Jahrbuch ergibt, daß die Nahrungs- und Genussmitteleinfuhr im Jahre 1912 dem Werte nach aus folgenden Ländern und Erdteilen stammte: Aus Europa gut drei Fünftel, aus Amerika etwa ein Viertel, aus Asien, Afrika und Ozeanien ein Zehntel, aus deutschen Kolonien ein Tausendstel, aus Rußland ein Viertel, aus den Vereinigten Staaten ein Zehntel und aus Britisch-Indien ein Zwanzigstel.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß auch hier der Hauptlieferant Europa ist. Das Vieh lieferte fast nur Europa (99,7 Prozent). Ungünstiger sah es mit der Einfuhr von Rohstoffen aus. Während im Jahre 1912 nur für insgesamt 2,0 Milliarden Mark Nahrungs- und Genussmittel, davon für 2 Millionen Mark aus Europa, eingeführt wurden, mußten für 4,6 Milliarden Mark Rohstoffe eingeführt werden,

wovon für 2 Milliarden Mark aus Europa kamen. Die Herkunft der Rohstoffe verteilte sich etwa wie folgt auf folgende Erdteile und Länder: Es stammte aus Europa reichlich zwei Fünftel, Amerika etwa ein Drittel, Asien, Afrika, Ozeanien ein Viertel, deutsche Kolonien ein Hundertstel, Rußland etwa ein Neuntel, Vereinigte Staaten ein Achtel, Britisch-Indien ein Vierzehntel.

Im Rohstoffbezuge werden wir in Zukunft noch mehr als bisher auf das Ausland angewiesen sein und zwar wegen der Gebietsverringering Deutschlands. Hauptlieferanten werden aber nach der Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse die europäischen Länder bleiben. Die beiden Hauptlieferanten zeigen dreierlei recht deutlich: Das große Interesse Deutschlands an der wirtschaftlichen Gesundung Rußlands, die Notwendigkeit guter wirtschaftlicher Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Amerika überhaupt und die Bedeutungslosigkeit der früheren deutschen Kolonien für die deutsche Volkswirtschaft. Deshalb war auch die frühere Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zur deutschen Kolonialpolitik (wenn auch aus anderen Gründen) durchaus richtig. Die deutsche Kolonialpolitik war wesentlich ein gutes Geschäft für einzelne Kapitalisten auf Kosten der deutschen Steuerzahler. Erforderten doch die deutschen Kolonien noch 1913 einen Reichszuschuß von 87,88 Millionen (Gold-) Mark. Außerdem entstanden ihrerhalb in der Hauptsache die großen Marineausgaben. Fest steht, daß das deutsche Volk für die Einfuhr aus den deutschen Kolonien wegen des Reichszuschusses allein, für jede Mark 71 Pfennige draufzahlen mußte. Was wir an Lebensmitteln und Rohstoffen, vom Auslande bezogen, für 1 Mark bekamen, kostete uns aus den deutschen Kolonien 1,71 Mark!

Der einzigartige Einfluß der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik beruht weder auf der Größe seines Landes, noch auf der Größe seiner Bevölkerung, trotzdem es schon 1910 mehr Einwohner zählte als Deutschland und Frankreich zusammen und eine viermal so große landwirtschaftlich benutzte Fläche als Deutschland und England zusammen besaß. Der Einfluß der Vereinigten Staaten von Nordamerika beruht in der Hauptsache auf seinem Reichtum an Bodenschätzen. An der Rohstoffgewinnung der Welt waren die Vereinigten Staaten schon vor dem Kriege in hervorragendem Maße beteiligt. Stellen sie doch im Jahre 1913 von dem erzeugten Petroleum drei Fünftel, vom Kupfer fast drei Fünftel, vom Roheisen zwei Fünftel, von den Kohlen mehr als ein Drittel, vom Zink und Blei ein Drittel, von Baumwollwaren fast die Hälfte, vom Mais sieben Zehntel der gesamten Weltproduktion her und standen vor allen Ländern in der Gewinnung dieser Rohstoffe an erster Stelle. Ein solches Land ist unüberwindlich. Welch große Fiel die deutschen U-Boots-Strategen also waren, die mit einem solchen Lande zwecklos anbandelten, kann sich jeder selbst klar machen.

Die Hauptaufgaben der inneren und äußeren deutschen Wirtschaftspolitik ergeben sich aus dem Gesagten von selbst. Sie sind Steigerung der inneren Lebensmittel- und Rohstoffproduktion, Förderung zunächst der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb Europas, insbesondere zu Rußland, den früheren österreichisch-ungarischen und den Balkanländern als zukünftige Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten und Abnehmern von Industrieprodukten. Denn das steht fest: Auch die Verhältnisse innerhalb Deutschlands können sich ohne die wirtschaftliche Gesundung dieser Länder kaum wesentlich bessern. Dringend notwendig ist weiter eine enge wirtschaftliche Fühlungnahme mit den amerikanischen Ländern. Unsere wirtschaftliche Abhängigkeit als Nahrungsmittel- und Rohstoffkonsumenten zeigt uns deutlich, welche Wege wir zunächst einschlagen müssen, um die Grundlage für eine gesunde Produktion zu schaffen. Daß unsere Produktion und deren Ausfuhr von ebenso großer Bedeutung sind, wie unsere Konsumtion und Einfuhr, ist selbstverständlich. Aber sie bilden ein Kapitel für sich, das hier nicht erörtert werden kann. Ohne zu konsumieren können wir nicht produzieren und ebenso wenig umgekehrt. Aber ohne eine ausreichende Volksernährung und ohne genügende Rohstoffe können wir nicht produzieren. Darum sollte hier nur gezeugt werden, wie notwendig es ist, aus der Vergangenheit zu lernen, wo die Fäden angeknüpft werden müssen, um wieder zu normalen Zuständen zu gelangen.

Devisen-Kurse.

		Hamburg, 23. August.	
		Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.	
		23. August.	22. August.
Holland	100 fl.	2745.—	2762.50
Kopenhagen	100 Kr.	1467.60	1480.—
Stockholm	100 Kr.	1897.50	1912.50
Kristiania	100 Kr.	1172.50	1187.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	180.—	181.50
Schweiz	100 Frs.	1482.50	1512.35
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.25	10.75
Budapest	100 K.	22.75	23.—
Prag	100 K.	103.—	103.—
Spanien	100 Pesetas	1195.—	1185.—
London	1 £	324.75	327.50
Paris	100 Frs.	688.—	691.—
Belgien	100 Frs.	672.—	677.—
Italien	100 Lire	375.—	388.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	88.75	89.50
do. briell. Ausz. od. Scheck		88.50	89.87
Bukarest	100 Lei	110.—	—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 23. August 1921.				
Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport
Fahrzeit				
Tage				
Stk.				
D.	S.	Sepetine	Roen	Göteborg
	S.	Erlb 2	Carlson	Alborg
	S.	Sjelleotte	Ramm	Burgstaten
D.	S.	Eberse	Lundins	Burgstaten
D.	S.	Erprek	Davidson	Rolding
D.	S.	Gothmund	Wib	von See
Angekommen am 24. August 1921.				
D.	S.	Westfalia	Necker	Rolding
D.	S.	Rugland	Geibelbrecht	Kronklob
D.	S.	Albed	Lundin	Kopenhagen

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Lohmann, den übrigen Teil August Schulz, Dr. J. Lohmann, Heinrich Steinberg, Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck.

Für Haus und Wirtschaft

Wohlfeile Artikel mannigfacher Art!

Bierbecher 3/20 Rand verschmolzen	1 85
Bierbecher 5/20 3.65 mit starkem Fuß.....	3 45
Likörgläser 1/30 und 1/50 Ltr.	1 65
Groggläser fehlerfreie Ware.....	5 75
Weingläser verschiedene Formen.....	5 75
Weingläser gouillochiert.....	7 85
Römer mit antikem Fuß.....	10 50
Glasteller verschiedene Muster.....	9 50
Eisschalen Muschel.....	1 25
Kompottschalen Glas, Muster Brüssel.....	2 25
Wasserkaraffen mit Glas.....	5 75
Wirte-Kaffeetassen stark Porzellan, mit Untertassen	3 50
Porzell.-Tassen m. Unter- tassen Goldrand, hohe und flache Form	4 75
Wirte-Kaffeekannen stark Porzellan.....	5 75
Milchgiesser Porzellan, stark.....	1 10
Wirte-Teller Porzellan, stark.....	2 95

Sie bezahlen nicht die Packung,
Sie bezahlen nur die Qualität!

la. Bohnermasse ausgewogen	8 75
la. Kernseife 250 Gramm.....	2 40
Sunlicht-Seife Doppelstück.....	4 00
la. Schmierseife Pfund.....	3 50
Hoffmannsstärke 1/2-Pfund-Karton.....	4 25
Seifenpulver „Hansa“ Paket.....	1 75
Persil-Waschmittel Paket.....	4 00
Henkels „Dixin“ Seifenpulver.....	2 25
la. Zündhölzer Paket.....	2 45
Papier-Servietten 1000 Stück 40. 100 Stück	4 25

Wassereimer 28 cm Durchmesser	15 50
Leuwagen extra groß Fiber und Unten	3 75
Seifenbürsten mit Stiel	2 85
Handfeger Borste.....	7 25
Tassenbürsten Roßhaar bezw. Fiber	1 50
Möbelbürsten in Roßhaar, Kokos, Wurzel.....	8 50
Fensterbürsten Roßhaar und Fiber... 12.50 bezw.	5 75
Feudel in guten Qualitäten.....	2 90
Fussmatten Rohr bezw. Kokos	8 50
Alumin.-Kaffeelöffel	75 40
Aluminium-Eßlöffel	135 95
Aluminium-Forken	135 95
„Granit“-Eßlöffel vorzüglich im Gebrauch....	6 25 5 25
„Granit“-Forken.....	5 25
„Granit“-Kaffeelöffel.....	2 25
Alpaka-Kaffeelöffel.....	7 75
Alpaka-Eßlöffel.....	9 75
Alpaka-Forken.....	9 25
Tischmesser.....	6 75 4 25
EBbestecke.....	8 50 7 75

Wirten u. Inhabern von Pensionaten weitgehendstes Entgegenkommen

Holstenhaus

Lübeck

Alle Arten
Hühnerfutter
Gerste und Hafer
gemittelt Hühnerfutter
Weizenkleie
Dampfmaschine (5596)
Carl Moll,
Alteheide 12-14. Tel. 324

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Donnerstag, 25. August, abds. 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus,
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Unsere Justiz vor und nach der Revolution.
Redner: Gen. Fr. Meierlein.
2. Ansprache.
3. Wahl der Delegierten zum Parteitag.
4. Mitteilungen des Vorstandes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand. (5598)

Adlershorst. Jeden Donnerstag:
BALL.
Café Rathaushalle
Vollständig renoviert!
Sehenswerte Malereien. (5015)
Künstler-Konzert
täglich von 4 1/2 - 7 Uhr und 8 1/2 - 11 Uhr nachts.
Fernsprecher 128. Besitzer: W. Bruhn.

Zentral-Theater
25 Johannisstraße 25
23.-29. August:
Schwarzwaldmädel
Operette in 6 Akten.
Marionetten d. Teufels
Abenteuerfilm mit Erika
Gläbner u. Friedr. Fehér
in 5 Akten. (5613)
So'ne Landpomeranze
Lustspiel in 2 Akten.
Spielzeit 4-11 Uhr.

Konzerthaus Lübeck.
Für Sommerfeste sind der
große Garten u. Säle noch an
einigen Sonn- u. Wochentagen
frei. Tel. 408
5594) H. Cyriacks.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 5590

Lest den
Lübecker Volksboten
und werbt
unablässig für ihn.

Kots, Bricketts, Tannen- u. Buchen-
holz, Torf 3tr. 12.00 M.
Kiefernrinde Saft 1.50 M.
empfehle frei und ab Lager. (5579)
Joh. Mustin, Warenbörse,
14-22,
Kohlenhandl., Fernspr. 2740.

Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

Achtung!
**Tief- u. Brunnen-
bauarbeiter!**
Versammlung
am Donnerstag, dem 25. August
abends 7 1/2 Uhr,
im Lokale Friedr. Lander,
Gundestraße 41.
Tagesordnung:
**Das Ergebnis der
Lohnverhandlung.**
Das Erscheinen sämtlicher
Kollegen ist notwendig.
Mitgliedsbücher sind vor-
zuzugeln.
5606) Der Vorstand.

Hansa-Theater
8 Uhr. Täglich 8 Uhr.
Karl Scherber
Universal-Künstler
und das (5611)
erstklassige
Varieté-Programm.

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, 24. Aug., 7.30 U.
Der Maskenball.
4. Ab.-Vorst. 8.30 U.
Donnerstag, 25. Aug., 7.15 U.
Wallensteins Lager,
Die Piccolomini 1. Teil.
4. Ab.-Vorst. 8.30 U.
Donnerstag, 25. Aug., 7.30 U.
1. Volkstrüm. Konzert im
Kolozeum.
Solistin: Frl. Bruhn.
Vorverk. a. d. Theaterkasse.
Freitag, 26. Aug., 7.30 U.
Cavalleria rusticana, (5603
hierauf: Der Bajazzo.
4. Ab.-Vorst. 8.30 U.
Sonnab., 27. Aug., 7.30 U.
Hoffmanns Erzählungen.
2. Vorst. i. Sonnab.-Abonn.
(5598)

Stadttheater Lübeck.
Nordische Woge.
Abonnements für die Vor-
stellungen werden in der
Theaterkasse entgegen ge-
nommen. Einzelkartenver-
kauf an der Theaterkasse.
Es wird gebeten, die be-
stimmten Abonnements- und
Lagekarten alsbald bei
der Theaterkasse einzulösen.
(5598)

ist ein
wohlschmeckender
Kalkkakao für Kinder, werdende
und stillende Mütter, für Kranke
für Schwache und
Nervöse
in Apotheken
und Drogerien zu haben
Hergestellt von der Chemischen
Fabrik Marienfelde GmbH
Berlin-Marienfelde

Die millionenfach bewährte
Öl-Wachs-Schuhkrem
Diamantine
in bester Friedensqualität
wieder erhältlich.
Man verlange Dosen mit
eingelegtem Zettel
"Friedensware"

Hersteller: Rud. Starcke Melleit.

Deutscher Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.
Die Mitglieder-versamm-
lung fällt wegen der Bgr-
teilverammlung aus. (5612)
Die Ortsverwaltung.

gewandte. Die einseitigen durch die Gewerbeordnung festgelegten Vorrechte der Innungsmeister gegenüber Eltern und Lehrlingen mühten abgeschafft werden, ein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften müsse durchgesetzt werden, durch gewerkschaftliche Tarife müsse Entlohnung und Ferienanspruch der Jugendlichen geregelt werden.

Dr. Löwenberg-Berlin sprach über die Bildungsarbeit in den Gewerkschaften und Sassenbach über das zentrale und lokale Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendzentralen und das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung. — Zur Bildungsarbeit wurden einstimmig die vom Referenten vorgelegten Richtlinien angenommen, die besagen, daß die gewerkschaftliche Bildungsarbeit für die Jugendlichen alle Gebiete der Kultur, und zwar vom sozialistischen — nicht parteipolitischen — Gesichtspunkte aus, in ihren Bereich ziehen und daß zur Pflege der Berufsbildung die Gewerkschaften dem beruflichen Unterricht besonders nahe treten sollen. — Zu Sassenbachs Referat wurde beschlossen, zur Erledigung gemeinsamer, über den Rahmen der einzelnen Gewerkschaften hinausgehender Aufgaben Jugendkommissionen durch die Ortsausschüsse zu bilden, ferner zentrale Einrichtungen zur Förderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in allen Gewerkschaften zu erstreben, und weiter den ADGB zu ersuchen, ein besonderes Jugendsekretariat einzurichten. Den Funktionären soll ein Mitteilungsblatt zugehen. Soweit Aufgaben erheben, die die gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen gemeinsam angehen, soll der Reichsausschuß der Arbeiterjugend vermittelnd und anregend wirken.

Weiter wurde eine Grundsatzklärung angenommen, die ausspricht, daß die in der politischen Arbeiterbewegung bestehende Zersplitterung mit ihren Auseinandersetzungen, die auch auf die Jugendbewegung übergegangen sind, aus dem Wirken der gewerkschaftlichen Jugendzentrale ferngehalten werden soll, daß die Vertretung wirtschaftlicher Interessen Jugendlicher den politischen Jugendorganisationen nicht obliegt und daß da, wo die Tätigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen zur Wahrnehmung der geistigen Interessen der Jugendlichen sich berührt, ein Zusammenarbeiten zu empfehlen sei.

Einstimmig beschloß der Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen folgende Beschlüsse zur Vorklage für die Arbeitssache Jugendliche und zur Einführung der Schulpflicht in das Wirtschaftsleben, ferner Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen und Schritte, die zum Wohle der Hauswirtschaftlich tätigen Jugendlichen dienen sowie auf geschlechtlichen Verbot der Lehrjahrsausbildung durch Heimarbeit hin auszugehen.

Sodann wählte die Konferenz eine Kommission, die dem ADGB in Vorschlag gebracht wird zu dem Zweck, aus der Entschleunigung in den Tagesordnungspunkten ein einheitliches Programm der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und ferner Musterjahrgänge für die örtlichen Jugendkommissionen abzufassen.

Aus der Partei.

Genosse Heller, Mitglied der preussischen Landtagsfraktion, ist am Montag an den Folgen einer Operation verstorben. Heller wurde 1878 in Stuttgart geboren, hat also nur ein Alter von 43 Jahren erreicht. Schon in jungen Jahren kam er zur Partei und wurde Mitglied der freien Gewerkschaften. Heller gehörte seit dem 9. November 1918 zu jener Arbeiterdeputation, die beim Reichslangler May von Baden vorkam und seinen Rücktritt forderte. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verliert in ihm ein eifriges Mitglied. Alle diejenigen, die Heller persönlich kannten, werden seiner noch lange in Ehren gedenken. Das durch den Tod des Genossen Heller freigewordene Landtagsmandat geht gemäß der Vorschlagsliste an den Genossen Rektor Heinrich Wähler-Berlin.

Die Darmstädter Organisation zum Programm. Eine Mitgliederversammlung der Parteiorganisation in Darmstadt beschäftigte sich mit dem örtlichen Parteitag und dem Programm-entwurf. Das einleitende Referat wurde von dem Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Quessel erlassen. In seinem Schlussurteil kam er zu der Auffassung, daß der Programm-entwurf wohl wertvolles Material zur Neugestaltung unseres Programms enthalte, aber in seinem gegenwärtigen Aufbau unvollständig zum Parteiprogramm erhoben werden könne. In der sich an das Referat anschließenden Diskussion wurde ohne Ausnahme die gleiche ablehnende Meinung vertreten. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde noch die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien besprochen. Hierzu wurde ein dem Parteitag zu unterbreitender Antrag angenommen, der die Aufrechterhaltung des Kasseler Parteitagbeschlusses verlangt.

Partei und Auslandshilfe. Der Parteivorstand beschäftigte sich in einer Vorstandssitzung am Freitag u. a. auch mit der Auslandshilfe. Es wurde beschlossen, in dieser Frage solidarisch mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vorzugehen. Eine Anregung von den Kommunisten, nach der ein proletarisches Hilfskomitee gebildet werden soll, lehnte der Parteivorstand ebenso wie der A. D. G. B. ab. Da dieser Plan lediglich dem Zwecke dient, kommunistische Interessen zu fördern. Die Partei richtet an ihre Mitglieder die Aufforderung, nur die Sammellisten der Gewerkschaften zu unterstützen. Ein entsprechender Aufruf wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Gewerkschaften.

Schwere Krisengefahr im Kohlenbergbau.

Am Freitag, dem 19. August d. J., fanden zwischen den Arbeiterorganisationen und Arbeitgebern des gesamten deutschen Bergbaues in der Reichsarbeitsgemeinschaft Gruppe Bergbau in Berlin Verhandlungen über die Lohnfrage statt. Die Vertreter der Arbeiter verlangten vor allen Dingen eine angemessene Lohnsteigerung im Betrage von mindestens durchschnittlich 12 Mt. je Mann und Schicht als Ausgleich für die inzwischen eingetretene Teuerung und die am 15. August d. J. eingetretene Brotpreiserhöhung. Ferner wurde von diesen die zentrale Verhandlung gleichmäßig für alle Bezirke erhoben. Die Arbeitgeber des gesamten Bergbaues haben nach längeren Beratungen ihre Stellungnahme den Arbeitervertretern mitgeteilt. Sie ging dahin, daß sowohl die zentralen Verhandlungen als auch die Lohnhöhe in dem verlangten Ausmaß bestritten wurden. Zu der ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes nahm eine größere Konferenz sämtlicher Organisationsvertreter am 20. August d. J. in Berlin Stellung, welche nach mehrstündiger Beratung folgende Entschlüsse faßte:

- 1. Die Arbeitgeber lehnen eine zentrale Regelung der Lohnfrage ab.
- 2. Zu Verhandlungen in den Bezirken sind sie nur nach erfolgter Räumung der tariflichen Vereinbarungen bereit.
- 3. Sie stellen die Notwendigkeit eines Lohnausgleichs für alle Bezirke in Frage.

4. Die Arbeitgeber erkennen an, daß Anlässe der Teuerung vorhanden sind.

Hierzu erklären die Arbeitnehmervertreter:

1. Die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise betrifft alle Bezirke fast gleichmäßig. Aus diesem Grunde müssen sie an der zentralen Regelung festhalten.
2. Die plötzlich eingetretene Teuerung bedingt eine möglichst schnelle Regelung des Lohnausgleichs. Die Regelung nach erfolgter Räumung der Tarife würde eine wesentliche Verzögerung nach sich ziehen und eine Beunruhigung unseres Wirtschaftslebens bedeuten.
3. Die Arbeitnehmervertreter halten einen Lohnausgleich für alle Bezirke notwendig.

Die Stellungnahme der Arbeitgeber in dieser Lebensfrage der Bergarbeiter muß zu ungeheuren Erregungen der Belegschaften führen. Die Arbeitgebervertreter können es nicht unterlassen, auf die von Arbeitgeberseite heraufbeschworene drohende Gefahr aufmerksam zu machen.

Im Anschluß an diese Konferenz wurde den Arbeitgebern, und zwar dem Reichsverband der Deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau, die Stellungnahme der Arbeiterorganisationen durch folgendes Schreiben übermittelt:

Berlin, den 20. August 1921.
An den Reichsverband der Deutschen Industrie,
Fachgruppe Bergbau
Berlin W. 10, Viktoriast. 30.

In der Sitzung vom 19. August 1921 der Reichsarbeitsgemeinschaft Bergbau bei den Verhandlungen über die Lohnfrage haben die Arbeitgeber am Schluß derselben die Erklärung abgegeben, daß sie zentrale Verhandlungen ablehnen und erst nach Räumung der tariflichen Vereinbarungen bereit seien, in eventuelle Lohnverhandlungen einzutreten.

Nach reiflicher Durchberatung in einer größeren Konferenz sämtlicher Arbeiterorganisationen haben diese darauf folgendes zu antworten:

1. Die Arbeiterorganisationen können von den zentralen Verhandlungen nicht ablassen, in denen eine grundsätzliche Verständigung über eine angemessene Lohnsteigerung für sämtliche Bezirke erzielt wird.
2. Die Lohnsteigerung um durchschnittlich 12 Mt. je Schicht ab 1. August d. J. muß als dringlich bezeichnet werden.
3. Zur Erledigung der beiden vorstehenden Forderungen hat die Konferenz eine Frist bis zum 1. September d. J. offen gelassen.

Als vorstehendem erklärt sich eindeutig der Ernst der jetzigen Lage. Wir möchten dann auch nicht vorziehen, auf die Entschleunigung des Vorstehendes der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 19. d. J. hinzuweisen und hoffen, damit eine Nachprüfung der Arbeitgeberstellungnahme herbeizuführen.

Mit Gläubigkeit
Die vier Bergarbeiterorganisationen:
(gez.) A. Schmidt, K. Rothhäuser, K. Kolpach, J. Schmidt.

Gewerkschaften und Deutscher Beamtenbund. Zu dem geplanten Abkommen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Beamtenbund hat nunmehr auch der Bundesausschuß des ADGB Stellung genommen und folgende Entschlüsse gefaßt: „Der Bundesausschuß des ADGB hat von der Entschleunigung des Deutschen Beamtenbundes Kenntnis genommen. Er hält unter Aufrechterhaltung seiner früheren Beschlüsse an der Auffassung fest, daß das vorgelegte Abkommen der beiderseitigen Vorstände eine geeignete Grundlage für ein Zusammengehen der drei Spitzenorganisationen bildet. Er erwartet baldige Wiederannahme der vom Deutschen Beamtenbund in Aussicht gestellten Verhandlungen. Sollte in angemessener Frist eine Vereinbarung nicht zustande kommen, so wird der Vorstand des ADGB beauftragt, mit den beteiligten Verbänden und dem Afa-Bund in Verhandlungen zu treten, um die Grundlage für eine gewerkschaftliche Beamtenbewegung im Anschluß an den ADGB und Afa-Bund zu schaffen.“

Die Lohnbewegung in der Dortmunder Metallindustrie. Der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie des Kreises Dortmund bis Hörde teilt der „Dortmunder Zeitung“ mit, daß die Meldung von der Ablehnung der Lohnforderungen nicht zutrifft. Verhandlungen über Lohnforderungen sollen im Gegenteil in der nächsten Woche stattfinden.

14. Bundestag des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“.

Kr. Halle, den 16. August.

Der Bundestag des Arbeiter-Radsfahrerbundes „Solidarität“ tagte vom 13.—16. August im Volkspark in Halle. Es waren 108 Delegierte und Vorstandsmitglieder anwesend. Als Gäste waren Vertreter der Schweizerischen Bundesorganisation, der Zentralkommission für Sport und Körperpflege, des Arbeiter-Turnerbundes und des Arbeiter-Samariterbundes erschienen.

Bundesnorsitzender Niemann gedachte in seiner Eröffnungswort des 25jährigen Jubiläums des Bundes, das in diesem Jahre gefeiert wurde. Der Bund könne mit Befriedigung auf seine Tätigkeit in dieser Zeit zurückblicken. Heute zähle er 200 000 Mitglieder, die in 3900 Ortsgruppen vereinigt seien.

Nach weiteren Begrüßungswörtern durch die Gäste, entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über Anträge, Vertreter des Betriebsrates des Bundesbüros und der Filialeleiter des Fahrradhauses Frischau mit beratender Stimme zu den Verhandlungen zuzulassen. Gegen diese Anträge erhob sich scharfer Widerspruch; die Anträge fanden schließlich nicht die genügende Unterstützung. Später einige man sich dahin, daß ein Vertreter des Betriebsrates des Fahrradhauses Frischau, der zugleich die Filialeleiter vertrat, bei Behandlung des Berichtes des Fahrradhauses Frischau zugelassen wurde.

Am zweiten Verhandlungstage erstattete Bundesnorsitzender Niemann den Geschäftsbericht des Vorstandes für die letzten Jahre. Niemann besprach die erfreuliche Entwicklung des Bundes und teilte mit, daß es gelungen sei, ab 1. Januar 1920 die Verschmelzung der Chemiker Unterstützungsvereinigung für Radfahrer mit dem Bunde zustande zu bringen. Das anlässlich der Anruhen in Mitteldeutschland für den Regierungsbesitz Wetzburg erlassene Radfahrverbot sei wieder aufgehoben worden. Gegen die Auflösung der Ortsgruppe habe der Vorstand im Verwaltungskreistreffen Klage erhoben.

Den Kassenbericht gab Zimmermann-Offenbach a. Main, der den Kassenabschluß erläuterte. Die Ausgaben seien weit über den Voranschlag hinausgegangen, das habe aus einem Rückgang des Verbandsvermögens im letzten Jahre resultiert. Eine Beitragserhöhung sei deshalb nicht zu umgehen.

Den Bericht der Presse erstattete Redakteur Frachner-Offenbach a. M., der mitteilte, daß das Bundesorgan seit einer Auflage von 225 000 Exemplaren erscheint. Erfolgreich sei es, daß die Tagespresse der Sportbewegung weit mehr Beachtung schenke als früher. Im Nahrungskrieg innerhalb der Arbeiterbewegung habe die Redaktion strengste Neutralität eingehalten, aber den Standpunkt des sporttreibenden Arbeiters stets deutlich zum Ausdruck gebracht.

Den Bericht der Geschäftsleitung des Fahrradhauses Frischau gab Geschäftsführer Sachs-Offenbach a. M. Er betonte, daß sich die Verhältnisse dieses Bundesgeschäftes in den letzten 2 Jahren wesentlich gebessert hätten. Außer einem kleinen Verlust sei es auch gelungen, kleine Reserven zu schaffen. Das Interesse der Bundesgenossen am eigenen Unternehmen lasse leider zu wünschen übrig; das größte Konzentrat der Abnehmer stellen die Bundesgenossen dar. Einigen

notwendig sei die Beschaffung von einem größeren Betriebskapital.

In die Geschäftsberichte schloß sich eine ausgedehnte Diskussion an, in der die Delegierten sich im allgemeinen mit der Tätigkeit des Bundesvorstandes einverstanden erklärten, aber zum Teil Wünsche und Beschwerden vortrugen. Verlangt wurde u. a., daß der Vorstand sich mehr um Jugendpflege kümmere.

Nach den Schlussworten der Referenten wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde beauftragt, dem nächsten Bundestag eine Vorlage zur Errichtung einer Pensionkasse für die Angestellten zu unterbreiten. Beschlossen wurde, daß Bundesmitglieder, die Kriegsteilnehmer waren, nur bis 1. Oktober 1921 eine Nachzahlung ihrer Beiträge vornehmen können.

Schnapsortrakant a. M. erstattete den Bericht des Bundesportauschusses. Der Redner verbreitete sich eingehend über den Saalport, das Wertungsfahren und Radrennen. Man müsse das sportliche Leben mehr heben und vor allem versuchen, die Jugend zu gewinnen. Der Bundesportauschuß habe auf dem Standpunkte, daß 10-Kilometer-Rennen auch fernerhin gestattet werden sollen. Auch Bewertungen könnten vorgenommen werden.

Im Anschluß hieran sprach unter großer Zustimmung Rippmann über das Wanderradfahren. Wie Touristen sollten auch die Radfahrer Sonntags hinaus in die Natur, sich an deren Schönheiten erfreuen und ihren Körper stärken.

In der Usp-rache waren die Ansichten über Radrennen und Wertungen sehr geteilt.

Am 4. Verhandlungstage referierte Bildung-Leipzig über: Zentralkommission und Sportinternationale. Er zeigte, wie die Arbeiterportbewegung nach dem Kriege an Bedeutung gewonnen hat. Der Sport habe in Deutschland eine große Zukunft. Die Bürgerlichen erblickten im Sport das einzige Mittel, um das Volk wehrfähig zu erhalten. Für uns gelte es nun, die günstige Situation für den Sport auszunutzen und nicht still zuzusehen, wie die Bürgerlichen die Früchte einheimen. Auch der Radsfahrerbund müsse den Sport mehr ausbauen und versuchen, die Jugend an den Bund heranzuziehen. Wir lehnen den Wettkampf im Sport nicht ab, wir wollen ihn aber in vernünftigen Grenzen halten. Einige Genossen lehnen den Wettkampf ab, diese haben aber nicht begriffen, nach was die Jugend sich sehnt. Die Jugend will den Wettkampf. Unsere größte Aufgabe ist aber die Jugend zu gewinnen und sie den bürgerlichen Vereinen zu entreißen. Dort wird die Jugend im allen militärischen Sinne, in dem Gedanken eines Rachekrieges erzogen. Wir aber wollen unsere Jugend im Geiste der Völkerverständigung, der Gemeinnützigkeit, im Sinne des Sozialismus erziehen. So hat auch der Sport in Deutschland eine hochpolitische Bedeutung.

Widmung verbreitete sich hierauf in einzelnen über die Tätigkeit der Zentralkommission für Sport und Körperpflege.

Die weiteren Beratungen des Bundestages betrafen mehr interne Fragen, im Besonderen die Änderung der Statuten. Der monatliche Bundesbeitrag wurde um 150 % (von 40 Pf. auf 1 Mt.) erhöht, und die Unterstützungsätze um den gleichen Prozentsatz. Die erhöhten Beiträge treten am 1. Januar 1922 in Kraft. Abgelehnt wurden Anträge, daß die Erlaubnis zu 10-Kilometer-Rennen aufgehoben wird.

Annahme fand eine Entschließung, die von den Behörden fordert: die Freigabe aller Fußwege und Banketts außerhalb der Ortschaften für den Radsfahrverkehr; die unentgeltliche Freigabe aller Turnhallen und Schulplätze zu Übungsstätten der Radsfahrer; die Umwandlung der Reitwege in Fahrzadewege; die Abschaffung der Radfahrkarte; die Aufhebung der Besteuerung der Fahrräder; Ermäßigung der Gebühren für die Beförderung von Fahrrädern.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Bemerkenswert ist, daß es auf der Tagung zu keiner Auseinandersetzung der verschiedenen politischen Richtungen in der Arbeiterbewegung kam. Der Vorsitzende Sahm-Wandleben konnte dies am Schluß der Tagung mit Genugtuung feststellen. Der nächste Bundestag findet 1923 in Kassel statt; zugleich mit den Tagungen der übrigen Arbeitersportverbänden.

Genossenschaften.

Konsumgenossenschaftliche Betriebsprobleme.

Am 15. und 16. August fanden in Hamburg Besprechungen von Konsumgenossenschaftsleitern statt, die sich mit brennenden Fragen der Eigenproduktion und Betriebsführung beschäftigten. Den leitenden Leitern wurde es nicht naturgemäß die Konferenz von Vertretern konsumgenossenschaftlicher Mühleneriebetriebe auf. Die sehr anregende Aussprache drehte sich in der Hauptsache um die Frage der Verfeinerung der bestehenden Konsumvereinsmühlen mit neuem und Auslandsgetreide und um die Möglichkeit der Errichtung weiterer Betriebe. Man einigte sich dahin, daß es Aufgabe der Großverkaufsgesellschaft sein wird, die bestehenden konsumgenossenschaftlichen Mühleneriebetriebe in geeigneter Weise, eventuell unter Zuhilfenahme landwirtschaftlicher Genossenschaften, mit Getreide zu versorgen und die Einfuhr von Brot- und Futtergetreide zu fördern. Die Frage der Errichtung von Mühlenbetrieben durch Konsumvereine sollen zunächst die berufenen Instanzen des Zentralverbandes behandeln.

Stärker besucht war bereits die Tagung der Vertreter der Fleischerbetriebe. Hier drehte es sich einmal um die Frage des Betriebes von Sekretariatsbetrieben, des ferneren um den Vieheinlauf und seine eventuelle Zentralisierung. Es wurde empfohlen, mit der Großverkaufsgesellschaft die Lösung der verschiedenen Probleme zu versuchen und im übrigen alle einschlägigen Fragen auf den bevorstehenden Konferenzen der Leiter der Einkaufsvereinigungen gründlich weiterzuerörtern.

Einen ungewöhnlich starken Besuch wies die den ganzen zweiten Verhandlungstag ausfüllende Besprechung der Bäckerbetriebe an. Die ebenfalls lebhaften wie fesselnde Ausdrucksweise, die durch längere sachverständige und gründliche Schilderungen der Gesamtlage der konsumgenossenschaftlichen Brotproduktion eingeleitet wurde, berührte erschöpfend alle Einzelheiten und alle gegenwärtigen Schwierigkeiten des Bäckerbetriebs. Insbesondere wurde auf die enorme Schädigung dieses vor dem Kriege blühenden Betriebszweigs durch die Zwangswirtschaft, auf die immer allgemeiner werdende Nichtinnehaltung gesetzlicher Vorschriften durch das private Gewerbe, auf die ständig steigenden Unkosten und die Ungerechtigkeiten in der Mehl- und Brotpreisfestlegung hingewiesen. Auch die Verlohnungsfrage habe sich zum Gunsten der Genossenschaften verhalten. Die Genossenschaftsbetriebe müßten vielfach schlechter behandelt als die privaten; würde Streik sein nicht selten. Die Vorteile des Großverkaufs seien durch die mittelständischen Maßnahmen der Zwangswirtschaft beseitigt, während die Arbeitsehrlichkeit gelitten habe. Eine Revision des Gesetzes über das Nachbrotverbot sei unerlässlich, auch im Interesse der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder, die offenbar die zahlreichen Übertretungen nicht zu verhindern vermöchten. Vorbildlichen Arbeitsbedingungen, die man gern aufrechterhalten wolle, müßten auch vorbildliches Verantwortlichkeitsgefühl und vorbildliche Leistungen der Beschäftigten gegenüberstehen. In der

Spuras verschwunden
... durch Gebrauch der allein richtigen
Stechenpferd-Teerschwefel-Seife
Überall zu haben.

Praxis erweise sich das Nachbachtverbot als ein für Zwergebetriebe höchstpöbelndes Ausnahmegericht gegen die Konsumvereine, das mindestens erheblich gemildert werden müsse. Von den Vertretern der Gewerkschaft wurde erklärt, daß die wilden Streiks von der Gewerkschaft ebenso scharf verurteilt würden wie von den Genossenschaften und keine Unterstützung fänden. Einig seien sie auch mit den Genossenschaften bezüglich der Notwendigkeit der einheitlichen und allseitigen Durchführung der Bestimmungen der Sozialgesetzgebung (Nachbachtverbot und Sonntagsruhe). Es handelte sich bei der Frage des Nachbachtverbots für die Gewerkschaft um eine grundsätzliche, an der sie in keiner Form rücken dürfe. Zum Schlusse wurde ein Ausschuß gewählt, der den ganzen Fragenkomplex prüfen, bestimmte Vorschläge vorbereiten und die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Körperschaften führen soll.

Aus aller Welt.

Der Waldbrand in der Niederlausitz. Die außergewöhnliche Hitze, die in diesem Jahre mehrfach die Ursache großer Waldbrände gewesen ist, hat auch im südlichen Teile der Mark Brandenburg, in der Niederlausitz, einen umfangreichen Wald- und Moorbrand verursacht. Ende Juli brach in der Nähe der Ortschaft Schornegoda ein riesiges Wald- und Moorfeuer aus, das rasch um sich griff. Die Löscharbeiten, die infolge Fehlens an Arbeitskräften sehr erschwert waren, dauerten nahezu drei Wochen. Noch heute schmort das Moor. Der Brandherd erstreckte sich über einen Komplex von 8000 Morgen, die einem Schlachtfeld ähneln. Fußhoch liegt die Asche. An einzelnen Stellen sinkt man bis zu den Knien in die Ueberreste verkohlter Baumrinden. Auch große Mengen Wild haben bei diesem Feuer ihr Leben eingebüßt. Die Sicherungs- und Löscharbeiten haben sich bis zum heutigen Tage hingezogen. Erst heute ist die Gefahr völlig beseitigt.

Riesenbrände in Polen. In Slonin in Polnisch-Litauen ist ein Riesenbrand ausgebrochen, der etwa 100 Häuser einäscherte und über 1000 Familien zu Bettlern machte. Im Bezirk Kalisch ist die Kreisstadt Kletschewo völlig abgebrannt.

Feuertsteuer in Rußland. Die Sowjetregierung hat beschlossen, eine Feuertsteuer einzuführen, die zunächst nur in Petersburg und Moskau erhoben werden soll. Jedes Fenster wird mit 10 000 Rubeln besteuert.

14 deutsche Mädchen gefändelt. Auf einem Dominium des Kreises Wetz wurde das Frauenschlafhaus, worin 14 junge Arbeiterinnen schliefen, nachts von einer polnischen Bande überfallen. Sämtliche Mädchen wurden von den Banditen vergewaltigt. Einige mehrere Male. Der Apo ist es bisher noch nicht gelungen, auch nur einen der Täter zu ergreifen. Die gemeine Tat verursacht unter den Landarbeitern außerordentliche Erregung.

Ueberfall auf schwedische Automobilreisende. In der Nacht zum Sonntag wurde auf der Straße Blauen-Reichenbach ein Automobil in dem zwei Schweden, darunter ein Mitglied des schwedischen Ausschusses für die deutsche Rinderhilfe, saßen, von drei maskierten Räubern durch mehrere Revolverschläge zum Halten gebracht. Die Räuber nahmen den Insassen 1500 Mark ab. Der Führer des Automobils wurde durch Schüsse in den Fuß schwer verletzt. Die Räuber sind entkommen.

Wohltätiger Ausbruch des Stromboli. Aus Rom wird gemeldet: Der Stromboli befindet sich abermals in intensiver

Tätigkeit, so daß wohl ein Ausbruch bevorsteht. Das Observatorium meldet, daß die Explosionen unter ständigen Erruptionen von Lava und Ascheregen, die bis in die bewohnten Gegenden reichen, andauern.

Abteile für Kartenspieler. Die South Eastern Railway, die den Verkehr zwischen Folkestone und London unterhält, hat in ihren Zügen jetzt Abteile für Kartenspieler reserviert, wofür die Plätze vorher bestellt werden können.

Schnee in Südafrika. In Transvaal, den Orange-Freistaaten und in den Kap-Provinzen hat nach englischen Blättermeldungen eine heftige Kälteperiode eingesetzt. Das Thermometer zeigt einige Grade unter Null und einige Gebirgszüge sind auf weite Strecken hin mit einer dicken Schneeschicht bedeckt.

Verhaftung einer amerikanischen Mörderbande. Die amerikanische Polizei hat in Newyork eine Bande von 8 Mördern verhaftet. Ein italienischer Freireuer, Bartolo Fontana, gestand, daß die Bande 18 Morde, davon sieben in Newyork und neun in Detroit, beging.

Schäfer Ast und seine Junft.

Schäfer Ast, der gewitzte Kurpfuscher aus der Lüneburger Heide, der jetzt als Rittergutsbesitzer in hohem Alter gestorben ist, hat eine gar große und alte Familie. Wenn der Quacksalber des Mittelalters auf öffentlichem Markt mit einem Hanswurst und einem Affen auftrat, und wenn er seine Künste im buchstäblichen Sinn des Wortes austrumpete, so war das nur ein sinnfälliger Ausdruck für das, was auch seine modernen Kollegen nicht anders machen. Der Sinn von ihrer aller Tun liegt in dem Gesichtlichen von dem Heilmittelschwindler, der auf die Frage, ob sein Mittel denn auch helfe, geantwortet hat: „Mir hat's geholfen!“ Im Mittelalter mag die Sache etwas gefährlicher gewesen sein; da ermittelte den einen oder den anderen nicht, und da die Hand der Obrigkeit und zündete ein kleines Feuerchen unter ihm an; aber das geschah auch dem respektabelsten Zeitgenossen. Heutzutage sind die Zusammenstöße mit der Gerichtsbarkeit für solche Leute weniger schmerzhaft, wenn sie ihr Geschäft verstehen, haben sie den Unfall gewöhnlich bald überwunden.

Das verstehen allerdings die wenigsten so gut, wie der Schäfer Ast, der sich das Wort: „Mir hat's geholfen!“ wohl auf den Grabstein setzen lassen dürfte, und der deshalb mit Recht als Typus der ganzen Junft gilt. Vor allem war er schlau genug, keinem seiner Patienten wehe zu tun. Er quälte sie nicht bei der Untersuchung, sondern schnitt ihnen nur ein paar Nackenhaare ab, und stellte danach keine „Diagnose“. Sie war ebenso einfach wie seine „Medizin“. Er hatte die Krankheiten in vier Kategorien eingeteilt, und für jede gab es ein Rezept: Medizin Nummer eins bis vier. Wenn sie nichts nützte, so schadete sie auch nichts; denn die meisten Heilmittel waren, wie die Analysen ergaben, von völliger Harmlosigkeit.

Bevor der gute Schäfer Ast die Menschen zu kurieren begann, hatte er sich mit Tierarzneikunde befaßt. Vermutlich mit demselben tiefergründigen Wissen, das ihn auch zu seiner „ärztlichen“ Tätigkeit befähigte. Aber die Menschen in der weiten Lüneburger Heide sind harmlos und leichtgläubigen Gemüts, und so kam eines Tages das Gerücht auf, der Schäfer Ast in Rabbruch sei ein Wunderdoktor. Er war natürlich nur ein Mann mit einer besonders reichen Dosis Bauernschlauheit, und er verstand

sich, wenn auch nicht auf die Medizin, so doch auf die Psychologie der Menschen. Nur so ist es zu verstehen, daß der Zulauf zu ihm gigantische Formen annahm, daß schließlich die Kranken nicht nur aus der ganzen Lüneburger Heide, sondern von weither kamen, und daß sogar aus Hamburg eine wahre Wölkerwanderung von Heilungsuchenden nach Rabbruch strömte. Um den Andrang zu bewältigen, mußte die Eisenbahn Extrazüge einlegen; an manchen Tagen kamen mehr als 500 Besucher zum guten Schäfer Ast, der allen ein paar Nackenhaare abschneidete und dann sofort wußte, wo es ihnen wehe tat. Man muß sich, um die beinahe magische Anziehungskraft dieses simplen Mannes zu verstehen, in das Seelenleben eines Kranken versetzen, dem die Ärzte keine Heilung bringen konnten, und der nun von den angeblichen Wundererfolgen dieses Quacksalters hört. Ein bedeutender Kliniker hat einmal einem Zweifler und Skeptiker geantwortet: „Wenn die Medizin vielleicht auch keine exakte Wissenschaft ist, so ist doch die Kunst, Kranke zu heilen.“ Aus solchen Erwägungen heraus sind sicherlich Tausende und aber Tausende, die im Grunde vom Unwert allen Kurpfuschertums überzeugt waren, zum Schäfer Ast gepilgert, indem sie sich sagen machten: „Nicht es nichts, so schadet es auch nichts; und wer weiß, vielleicht ist der Schäfer Ast doch ein Wunderdoktor!“

Quacksalber von seiner Art gibt es ungleich mehr, als man ahnt; in jeder Stadt, und ganz besonders in der Großstadt, wimmelt es von Kurpfuschern, von denen zwar nur ganz wenige wie der Schäfer Ast Millionen schaffeln, die aber durchweg besser leben, als so mancher Arzt. Und auf dem platten Lande wird er recht genauquacksalbert. So hatte Ast in den verschiedensten Gegenden „Konkurrenten“; aber keiner von ihnen hatte den gewaltigen Zulauf wie er. Da gab es seit langen Jahren den berühmten „Lehmpastor“ Felle in Repelen am Niederrhein im Kreise Mörs, dessen Behandlungsweise schon sein Spitzname erkennen läßt; da sind die Brüder Ausmeier auf dem Eichsfeld, da ist der Schäfer von Krosigk am Petersberg bei Halle, der alle Krankheiten aus dem Urin diagnostiziert. Der Schäfer Ast ließ, nachdem er zu Gelde gekommen war, seinen Sohn Medizin studieren, um ihn als „Assistenten“ zu benutzen und sich so auf alle Fälle zu decken. Er starb als Millionär und Rittergutsbesitzer; der große Paracelsus, der Uhnerr aller Quacksalber, war neben ihm ein Waisentnabe.

Briefkasten.

Schwartzau. Sch. Die Frage ist nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein zu beantworten. Es richtet sich nach dem Grade der Beschädigung. Zu empfehlen ist die Annahme von Scheinen, deren Farbe nicht gänzlich verwischt und die im Format noch vollständig sind.

R.-z. Wer das 65. Lebensjahr überschritten hat, in Arbeit steht und keine Rente bezieht, muß Invalidenmarken haben. Wer dagegen Rente bezieht, ist mit der Vollendung des 65. Lebensjahres von der Ablespflicht entbunden.

D. W. Ihre Frage ist bereits durch unsern am Montag erschienenen Artikel über die Musterchau beantwortet.

Geschäftliches.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt über Brandt's Metallpuß „Lu“ bei.

Ata
Henkel's
Scheuerpulver

putzt
reinholt
Alles!



Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Ofen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Statt Karten.
Ihre am 20. August vollzogene Vermählung geben bekannt (5377)

Herm. Appel u. Frau Else
geb. Wischendorf.

Lübeck, Fadenburg Allee 20c.
Für die vielen Gratulationen und Geschenke danken herzlich D. D.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Vermählung, besonders dem Gesangverein „Einigkeit“ unsern herzlichsten Dank. (5600)

Walter Frank u. Frau
Erna, geb. Sahr.
Schlutup, 23. August 1921.

En 999mal dummerndes Hoch dat de grote Riesau Nr. 3 wackelt. (5605)
Zwei böstige Seelen.

Jüngeres Mädchen
oder einfache Stütze zum 1. Oktober gesucht (5599)
Frau Karl Lahrz,
Schlachtereien, Wurfstraße 16.

Schulkind gesucht (5608)
Engelswisch 37.

2-3-Wohn. mit Gas in der Stadt geg. gl. v. d. Burgtor. Zu erfragen in d. Exp. d. Bl. (5580)

Schöne 2-3-Wohn. m. Gas (Rüchent.) geg. al. Burgt. zu t. gel. Ang. u. W Z an die Exp. d. Bl. (5578)

Süßlicher Ferrier in gute Hände abzugeben. (5575)
H. Gaertner,
Dummerndorf Siedlung.

Al. grauer Hund, auf den Namen Floß hören, entlaufen. Steuerkarte A 121. Abzug. Kronsfjord. Allee 99. (5614)

Neues
Bollstieberbuch
mit Anweisung zur Lautenbestimmung.
Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Urbin
besten Schuhputz



Reklame-Angebot.
Dieterle-Kautabak
unübertroffen, gar. rein kenntlich, vorz. Weize, dänische Bündel, Zwist, Nordh. Rollen und Knoten. (5598)
Stück nur Mk. 1.70.
Außerst günstige Bedingungen für Wiederverkäufer.
Kleinvverkauf und Fabriklager
Zigarrenhaus Burgtor
Gr. Burgstr. 7. — Fernspr. 1048.

NEU! NEU!
Das neue Lohnsteuergesetz
(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
Dargestellt und erläutert von Wilhelm Kell.
Preis Mk. 2.50.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Visitenkarten
liefern **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

Größeres Werk Schleswig-Holsteins

sucht zu sofort einen erfahrenen Bergbauer, der vornehmlich in der Bergbauung von Milchkannen firm ist und bei führenden Firmen der Branche tätig gewesen sein muß. Zuschriften unter A. K. L. 484 an **Alb. Hassenstein & Vogler, Kiel.** (5582)

Bekanntmachung.
Die Abfuhr von Blech, Scherben und Koffschladen findet am Donnerstag, dem 25. August 1921, in der Zeit von 7-9 Uhr normirtungs statt. (5576)
Lübeck, d. 24. Aug. 1921.
Das Polizeiamt.

Behr. S. u. Siegen. z. v. 5610) Lübeckstr. 13, 1.

Grube z. v. 200 A. Häh. 5607) Lübeckstr. 82.

Kinderwagen z. vert. 5581) Marlesgrube 23, 11b.

3. v. e. g. erh. dunkelgr. Kost. f. Joh. Fig. 5602) Brodesstr. 31, pt.

G. jag. Jiltsirettch. z. v. 5609) Kronsf. Allee 74.

Zugänger zu verkaufen. ca. 100 Rfd. (5584)
Schwentuckonski,
Schönböden.

Sense zu kaufen geg. Ang. u. L. B. 8 an die Exp. d. Bl. (5604)

Für Schweine
Garantiert reines Gerstenschrot, Maischrot, Schweinemastfutter. Dampfmühle (5597)
Carl Moll,
Alteheide 12-14. Tel. 524.

Tätowierungen
entfernt unter Garantie „Bleachwell“ durch einf. Betupfen. Preis 12.50, Nachn. + 1.80 Mk.
Joh. Brüningmeyer,
Gronau-Weiß.
5585) Vertreter gesucht.

Die Abtreibung der Leibesfrucht
von Frau-Praktikerin **A. Schütz u. L. B. H. H. H.**
Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen!
Preis Mk. 2.50

Die Abonnenten
des „Lübecker Volksboten“ in erster Linie zu berücksichtigen. Inferenten und Abonnenten sind aufeinander angewiesen.

Die Abonnenten
des „Lübecker Volksboten“ in erster Linie zu berücksichtigen. Inferenten und Abonnenten sind aufeinander angewiesen.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.